A2 Abrüstung und Rüstungskontrolle

Antragsteller*in:	Imke Kügele, Sonja Schiffers, Winfried Nachtwei, Daniel Hecken
Tagesordnungspunkt:	TOP 2 Antragsbehandlung

Antragstext

Streichungen *kursiv/unterstrichen*, Einfügungen **fett/unterstrichen**

Zeile 32 ff.:

Gleichzeitig werden wir von unseren tiefsten Überzeugungen als Friedenspartei nicht abrücken. Auch wenn militärische Mittel *aktuell* zur Verteidigung **und Wiederherstellung** des Friedens und zur Solidarität mit den Menschen in der Ukraine unausweichlich sind, stehen wir im Sinne einer feministischen Außenpolitik langfristig **auch** für die Prinzipien von Abrüstung**,** **Vertrauensbildung** und *Demilitarisierung***Rüstungskontrolle** sowie den Vorrang des Zivilen ein. Feministischer Außenpolitik liegt die Überzeugung zugrunde, dass Geschlechtergerechtigkeit und gleichberechtigte Teilhabe Voraussetzungen für nachhaltigen Frieden und Sicherheit in der Welt sind. Unsere Bemühungen zur Stärkung von Initiativen zur atomaren Abrüstung und zur Rüstungskontrolle müssen wir gerade in diesen stürmischen Zeiten erhöhen. In unserem Streben nach einer Welt ohne Atomwaffen werden wir nicht nachlassen.

Zeile 368:

*Vorrang für Abrüstung und Rüstungskontrolle***Neue Impulse für Abrüstung und Rüstungskontrolle**

Zeile 369 ff.:

*Der Vorrang für***Der Einsatz für** Abrüstung**, Vertrauensbildung** und Rüstungskontrolle war, ist und bleibt das zentrale Merkmal von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Friedenspartei. *Dies gilt für alle Waffensysteme, ob nuklear, kleinkalibrig oder digital.* Wir sehen die Gefahr regionaler und internationaler Aufrüstungsspiralen, die oft Eskalationsdynamiken und Unsicherheit befeuern**, sowie die Herausforderungen durch die Erosion von Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen und technologischer Entwicklungen – von neuartigen**

Waffensystemen, über den Cyberbereich bis hin zur militärischen Nutzung des Weltraums. Daher wollen wir gerade in unsicheren Zeiten **die** Rüstungskontrolle – *auch für digitale Güter* – stärken, Abrüstungsinitiativen wiederbeleben und, wo möglich, neue anstoßen **und mit Blick auf den Cyberbereich und darüber hinaus auch nichtstaatliche Akteure mit in den Blick nehmen**. Die Stärkung des Vertrags zur Nichtverbreitung von Kernwaffen (NVV) muss im Zentrum unserer Bemühungen bleiben. Der Atomwaffenverbotsvertrag, bei dem Deutschland einen Beobachterstatus innehat, stellt eine wichtige Ergänzung des NVV dar. Trotz der enormen Herausforderungen durch die aktuelle Lage müssen wir uns zudem für ein Nachfolgeabkommen zum New-START-Vertrag einsetzen. Das Ziel unserer Bemühungen bleibt eine atomwaffenfreie Welt.

Begründung

1. Militärische Mittel bzw. ihre Vorhaltung sind nicht nur aktuell sondern auch zukünftig (mit Blick auf mehrere Generationen) unausweichlich. Wir Grüne stehen zur Bundeswehr sowie zur militärischen Beistandsverpflichtung in EU und NATO, so dass eine Demilitarisierung dem entgegen steht. Im Sinne einer kohärenten feministischen Außenpolitik braucht es dabei keiner Abgrenzung zu militärischen Mitteln, sondern deren Integration als Ultim-Ratio in einen gesamtheitlichen Ansatz.

2. Technologische Entwicklungen, zum Beispiel in den Bereichen Künstliche Intelligenz, Autonomie, Robotik, Cyber, Hyperschallflugkörper und Weltraum, und deren militärische Nutzung gehen einher mit neuen Herausforderungen für Rüstungskontrolle, Nichtverbreitung und Vertrauensbildung. Hier gilt es neue Wege zu finden und insbesondere auch zu versuchen, nichtstaatliche Akteure in den Blick zu nehmen (besonders im Cyberbereich).